

Gehler Einheit

Matthias Gehler

»Wollen Sie die Einheit
– oder nicht?«

Erinnerungen des Regierungssprechers

edition ost

edition ost –
eine Marke der Eulenspiegel Verlagsgruppe

ISBN 978-3-360-02816-7

1. Auflage 2024

© Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH, Berlin

Alle Rechte der Verbreitung vorbehalten.

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet,
dieses Werk oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg
zu vervielfältigen oder in Datenbanken aufzunehmen.

Illustrationen: Archiv Gehler S. 8, 10, 17, 26, 34, 61, 65, 66, 75, 106,
135, 139, 145, 152, 187, 191, 195, 207, 208, 231, 232, 243, 245,
252; Archiv edition ost S. 157, 200, 214, 228; Vera Rüttimann S. 27;
Fritz Schumann S. 161

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Satz: edition ost

Druck und Bindung: buchdruckerei.de, Berlin

www.eulenspiegel.com

Inhalt

»Wollen Sie die Einheit – oder nicht?«	7
Der Referent	19
Die Wahl	39
Die Neuen	55
Die Berater	69
Der Besuch in der Sowjetunion	96
Der Protokollchef	122
Die Stellvertreterin	131
Die Ungleichen	149
Die Hongkong-Chinesen	159
Der USA-Besuch	185
Der Palast der Republik	209
Die Wiedervereinigung	233
Der Nachtrag	251
<i>Personenregister</i>	253

*Dank an Wolfgang Genz,
der das Buch leider nicht mehr erlebt,
aber über viele Jahre wollte, dass ich endlich schreibe.*

»Wollen Sie die Einheit – oder nicht?«

Diese Frage brüllte mir Anfang August 1990 der Chefredakteur der Bild ins Ohr. Ich hatte bei Tiedje angerufen und mich über die Lüge auf der ersten Seite beschwert. Die Boulevardzeitung behauptete: »Die Menschen verzweifeln – die Minister machen Urlaub«, darunter waren die Porträts von zwölf Mitgliedern des DDR-Kabinetts abgebildet.

Diese Politiker waren zumeist dienstlich unterwegs und aalten sich keineswegs entspannt in der Sonne, wie wahrheitswidrig behauptet wurde. Die Meldung war aber nicht nur falsch. Sie spielte, was eine der Strategien des Massenblattes war, absichtsvoll mit Neid und Missgunst und die Rolle des Anwalts des »kleinen Mannes«. Während dieser im Schweiß seines Angesichts mit einer unsicheren Zukunft vor Augen das Geld zum Überleben hart erarbeitete, ließen es sich »die da oben« wohlergehen ...

Tiedje wurde immer lauter. Ich wurde es auch. So viel Unverschämtheit konnte nicht unwidersprochen bleiben. Und dann kam in Gestalt dieser Frage der Hammer: »Wollen Sie die Einheit – oder nicht?«

Der Hammer besaß die gleiche Wucht wie jene Frage aus DDR-Tagen, mit der Hinweise auf Unzulänglichkeiten und Ärgernisse niedergebügelt wurden: »Bist du für den Frieden – oder etwa nicht?«



Titelseite in der BILD vom 2. August 1990, als diese noch sechzig Pfennige kostete

Beide Fragen waren demagogisch.

Ich brüllte also zurück: »Aber nicht so – und nicht mit Ihnen!«

Über dieses heftige Telefonat berichte ich im letzten Kapitel dieses Buches. Hier wollte ich nur den Titel erklären.

Mit wie viel Ehrlichkeit, Sachlichkeit und Achtung baut jeder an dem Haus mit, in dem wir leben?

Die Metapher Gorbatschows vom »Gemeinsamen Haus Europa« ging nach dem Zerfall der Blöcke von der Annäherung aller aus. Der Wunsch war edel – die Annahme, dass das möglich wäre, erwies sich leider als Irrtum.

Diesen Dissens zwischen damaligem Anspruch und heutiger Wirklichkeit wollte ich für mich geklärt wissen.

Ich habe in meinen Unterlagen recherchiert und mich auf eine Zeitreise in das Jahr der Wiedervereinigung begeben. Vielleicht liegen hier einige Antworten. Damals war ich Staatssekretär und Regierungssprecher der ersten frei gewählten und letzten DDR-Regierung. Was ich miterlebt und aufgeschrieben habe, ist subjektiv. Die handelnden Personen sind nicht erfunden. Die Geschichten sind wahr. Die meisten Dialoge sind wortwörtlich wiedergegeben – ich war damals nicht nur ein Sprecher, sondern auch ein Schreiber, der sich fortwährend Notizen gemacht hat. Wir waren neu in der Politik, voller Ideale, strebsam, fleißig, selbstlos, mutig, teils überraschend einfallsreich und keck, aber auch unbefleckt naiv.

Was also ist aus dem gemeinsamen europäischen Haus Gorbatschows und der Rolle Deutschlands geworden?

Zur Beantwortung greifen mir populistische Thesen zu kurz. Der interne Blick auf das Denken und Handeln der Verantwortlichen 1990 und auf die Entwicklungen danach können vielleicht helfen, die Situation heute etwas besser zu beurteilen: Deutschland hat nach dem Kalten Krieg abgerüstet, die Nationale Volksarmee der DDR aufgelöst, sich im Vier-plus-Zwei-Vertrag auf eine Truppenstärke von 370.000 Soldaten festlegen lassen, Waffenbestände verkauft, Munition entsorgt und Panzer verschrottet. Dann folgte 2010 der Bundestag den Vorschlägen einer Kommission, die Wehrpflicht auszusetzen und die Armee auf 180.000 Soldaten zu reduzieren.

Wir haben es vorgemacht, aber kaum jemand ist uns gefolgt.

Im Gegenteil: Weltweit sind die Rüstungsausgaben gestiegen und keine Atommacht hat den von 122 Staaten unterzeichneten Atomwaffenverbotsvertrag ratifiziert. Wir haben neue Fronten und den Krieg direkt vor der Haustür. Nun ist »Zeitenwende«, so der deutsche Kanzler. Wir rüsten auf, wollen uns nicht mehr nur auf die Amerikaner verlassen müssen, rücken in Europa zusammen, anders als Gorbatschow es sich gedacht hat und wir es damals wollten, und unterstützen die Ukraine. Schon bei unserem ersten Besuch im April 1990 in der Sowjetunion hatten uns die Sowjets signalisiert, dass Perestroika und Glasnost nicht ausreichen, um das künftige Russland zu stabilisieren.

Bei einem weiteren Treffen in Moskau hatten mir die sowjetischen Gastgeber bei einem langen Mittagessen

Die Regierung der DDR strebt eine drastische Reduzierung aller deutschen Streitkräfte an. Die DDR verzichtet auf Herstellung, Weitergabe, Besitz und Stationierung von ABC-Waffen und strebt Entsprechendes im geeinten Deutschland an. Sie tritt außerdem ein für ein globales Verbot chemischer Waffen noch in diesem Jahr. Der nukleare Abrüstungsprozeß muß fortgesetzt werden. Wir erhoffen uns noch in diesem Jahr einen positiven Abschluß der START-Verhandlungen über eine 50%ige Verringerung der strategischen Nuklearwaffen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten.

Die Regierung der DDR will beim Abrüstungsprozeß eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir werden sofort Maßnahmen einleiten, um die Kriegswaffenproduktion und den Export von Waffen zunächst einzuschränken und in einem überschaubaren Zeitraum ganz einzustellen. Die Rüstungsexporte in Krisengebiete haben generell zu unterbleiben. Wir werden eine Umstrukturierung der Volksarmee und einen schriftweisen Abbau der militärischen Verpflichtungen der DDR einleiten. Die poli-

*Auszug aus der Regierungserklärung des DDR-Premiers
Lothar de Maizière vom 19. April 1990*

einen Berater Gorbatschows zur Seite gesetzt, der sehr offen vom Auseinanderbrechen der Völker der Sowjetunion berichtete und meinte, dass einerseits Eile geboten sei. Bedrängend redete er auf mich ein, dass der Prozess der Wiedervereinigung für die Sowjets andererseits viel zu schnell gehe und wir langsamer machen sollten.

Wir haben die aus DDR-Zeiten geerbten Erdgas- und Öl-Pipelines in der Sowjetunion weiter ausgebaut, schon 1990 langfristige Verträge geschlossen und sind in Vorleistung gegangen. Das war »Deutsch-Sowjetische Freundschaft« damals auch im Sinne der Bundesregierung, um die Sowjets bei Laune zu halten und an anderer Stelle Zugeständnisse zu bekommen. Jahrzehntlang hat das der deutschen, aber auch europäischen Wirtschaft Vorteile verschafft. Das sind ohne Frage Abhängigkeiten, aber gewollte und nicht nur politische. Heute kappen wir die russische Energiezufuhr, schwächen unsere Wirtschaft und machen Konkurrenten stark, weil »der Russe« uns angeblich hintergangen hat. Zumindest halten wir Europäer weitestgehend in diesem Punkt zusammen – was den anderen Staaten der Gemeinschaft nicht ganz so schwerfällt wie uns. Ob allerdings die Flüssiggaszufuhr aus Übersee auf festeren Fundamenten steht, bleibt abzuwarten.

Wir sind aus der Atomenergie ausgestiegen. Die letzte DDR-Regierung hat 1990 zuerst abgeschaltet, Lubmin bei Greifswald und Rheinsberg im nördlichen Brandenburg. Stendal wurde nicht weitergebaut. Dann begann der gesamtdeutsche Ausstieg unter der ersten rot-grünen Bundesregierung von Gerhard Schröder mit

dem sogenannten Atomkonsens, dem Vertrag mit den Energieversorgungsunternehmen im Jahr 2000. Angela Merkel hat 2011 die Katastrophe von Fukushima genutzt, um gänzlich auszusteigen – drei Tage nach dem Reaktorunglück. Das war ein Alleingang in vielerlei Hinsicht. »Die Ereignisse in Japan lehrten uns, dass die Risiken, die für absolut unwahrscheinlich gehalten wurden, doch nicht vollends unwahrscheinlich sind«, begründete die Kanzlerin den Ausstieg.

Den Zeitpunkt hat sie genutzt, aber die Atom-Sicherheitslage hat sich damit nicht verbessert. Unsere Nachbarn im gemeinsamen Haus Europa erkaufen sich vermeintliche Umweltfreundlichkeit, indem sie Atomenergie von der EU »reinwaschen« lassen und ein neues Kernkraftwerk nach dem anderen bauen. Wir haben uns vom Stromexporteur zum Importeur zurückentwickelt und uns in neue Abhängigkeit begeben.

Wir zeigen Gesicht und der Welt, besonders ab 2015, wie humanistisch wir Deutschen sind und geben Geflüchteten großzügig Asyl zu besten Bedingungen – ohne die nötige Infrastruktur dafür gehabt zu haben. Erst gab es vorwiegend Zustimmung und Begrüßungsfeiern, dann war die Euphorie weg und scheinbar drehte sich das Blatt. Dann hat die Kanzlerin gehandelt und die Verträge mit der Türkei auf den Weg gebracht. Europäische Einigkeit im Umgang mit Geflüchteten sähe aber anders aus. Nationalismus führt ins Abseits, Weltoffenheit zu Austausch, Handel, Wohlstand und Frieden. Die deutsche Sprache ist voller Lehnworte. Die Geschichte zeigt, welche Vorteile es gebracht hat, dass

zum Beispiel die Römer oder die Hugenotten mit uns gelebt haben. Wir hatten 1990 ähnliche Probleme wie heute. Wie sind wir damit umgegangen und was haben wir geschafft?

Helmut Schmidt, der im Oktober/November 1975 als erster Bundeskanzler China besuchte und Mao und Deng Xiaoping getroffen hat, war ein Kenner des aufstrebenden Weltreiches und beeindruckt von der tausende Jahre alten chinesischen Zivilisation. In einer Rede vor der »Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik« mahnte er 2008 die westliche Außenpolitik zum »Verzicht auf Überheblichkeit und herablassende moralische und politische Belehrungen«. Natürlich sind die Menschenrechte inzwischen weltweit festgeschrieben und Schmidt sagt man nach, dass er in dieser Frage sehr spezielle Ansichten hatte, aber trotzdem gilt für uns Deutsche wegen der eigenen Geschichte eine besondere diplomatische Vorsicht, wenn wir das fünftausend Jahre alte China auf Menschenrechte hinweisen, die die Französische Revolution vor gerade einmal 230 Jahren erfunden hatte, und brüskieren unseren Handelspartner.

Wir hatten zur ersten freien Wahl in der DDR am 18. März 1990 eine Wahlbeteiligung von 93,4 Prozent. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember 1990 lag die Wahlbeteiligung nur noch bei 77,8 Prozent, besonders in den sogenannten neuen Bundesländern war man in kurzer Zeit mit vielen Kommunal- und Landtagsurnengängen wahlmüde geworden. So viel zur Haltbarkeit von praktizierter Demokratie. Wir möchten, dass möglichst alle Länder dieser Welt demo-

kratisch werden und spüren gerade, wie brüchig unsere eigene Demokratie sein kann. Vielleicht weil sie nicht die britische oder amerikanische Tradition darin hat. Was aber – dank Trump – auch dort nicht für immer gesetzt sein muss. Wer die Demokratie gefährdet und Europa abschaffen will, steht nicht in der Tradition der Friedlichen Revolution, die mit der Beteiligung zur Volkskammerwahl schließlich die höchste Wahlbeteiligung aller freiheitlichen Wahlen in Deutschland hatte.

Mir, der ich 1990 die Deutsche Einheit und ein »Europäisches Haus« wollte, machen die deutschen Alleingänge Sorgen. Steckt Naivität dahinter, Sendungsbewusstsein oder die alte deutsche Überheblichkeit – nur in anderer Gestalt? Alle die genannten Weltretungsaktionen mögen notwendig und sehr edel sein, als Alleingänge sind sie teils sinnlos, entfremdend oder sogar gefährlich. Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges wollten 1990, dass Deutschland eingebunden bleibt. Alleingänge kann man sich nur leisten, wenn man sich dabei nicht selbst zerstört. Das gemeinsame europäische Haus verlangt, dass sich die Deutschen als wichtiger Teil davon empfinden, wie das 1990 gedacht war. »Wollen Sie die Einheit – oder nicht?« ist auch eine europäische Frage.

Wir hatten als erste freigewählte Volkskammer und DDR-Regierung mit 164 Gesetzen und 93 Beschlüssen zur Wiedervereinigung unendlich viel geregelt – sachlich und juristisch. Es gab – inklusive Vier-plus-Zwei-Vertrag – drei große Staatsverträge. Die Volkskammer der DDR war in jenem halben Jahr das eifrigste Parla-

ment in Deutschland und die fleißigste Regierung der Welt. Ich werde oft gefragt, was wir hätten besser machen können – im Nachhinein: alles. Aber in dieser Zeit haben wir das Möglichste getan mit den Mitteln, die wir hatten, und in dem Zeitfenster, das uns blieb. Ich habe kein schlechtes Gewissen. Ich kenne die leeren Staatskassen der DDR, ich habe begriffen, wie untauglich das System war, wie ideologieverbohrt und wie unfrei die Bevölkerung gehalten wurde. Dagegen hatte ich als Pfarrer argumentiert, als Liedermacher gesungen und als Journalist geschrieben, soweit Letzteres möglich war. Wegen meiner kirchlichen Jugendarbeit wollte ich nicht zur Armee, als Liedermacher hatte ich Auftrittsverbot und als Journalist wurden meine Artikel zensiert. Ich bin voller Ideale auf die Straße gegangen und mit vielen anderen marschiert, und am Abend, als die Mauer fiel, bin ich mit nach Westberlin gepilgert und habe die Freiheit gefeiert.

Ich wollte die Einheit, aber in einem gemeinsam veränderten Deutschland. Geblieben ist der Rechtsabbiegepfad – und das leider in jeder Hinsicht. Ich will nicht die DDR zurück. Ich wollte die Einheit und konnte mir natürlich nicht aussuchen mit wem. Wir Ostbürger waren alle ziemlich gleichgemacht. Bei den Westbürgern gab es mehr Solche als Solche. Eine auf Kollektivismus aufgebaute Subkultur traf auf individuelle Selbstverwirklichung. Es kamen die, die den Osten mit aufbauen wollten, eine Zeitlang zwischen den Kulturen lebten und schließlich gottseidank hier ihre Heimat gefunden haben. Es kamen aber auch die, die reihen-

weise nur im Eigeninteresse die leitenden Stellen in den Ministerien, Universitäten, Betrieben und Medien besetzten und bis heute die Stellung halten, die, die den Osten zum Absatzmarkt der Westwirtschaft machten und den treuhänderischen Ausverkauf betrieben.

Die Bauern, die 1990 mit ihren Traktoren Straßen und Plätze blockierten, hatten geordnete Verhältnisse nach der Wiedervereinigung als Ziel. Die Bauern sind heute wieder unterwegs – nur dass es keinen 3. Oktober mehr geben wird, nachdem die Welt erst einmal stabilisiert scheint. Ideales Pflaster für Heilsbringer.

Mit dem 3. Oktober 1990 begann der Wiederaufbau unter geregelten Bedingungen. Die Regelungen waren erprobt, aber zumeist bundesdeutsch. Jetzt hatte jeder auf dieser Grundlage seine Existenz zu sichern.

Wir sind mit Erfolgen belohnt worden, fahren auf neuen Autobahnen und Schienen. Die grauen Städte sind verschwunden. Das wäre ohne die Wiedervereinigung nicht möglich gewesen.

Die Einheit zwischen den Menschen, den Politikern und dem Volk, den Beamten und den Angestellten, den Unbeweglichen und den Flexiblen, den Generationen, den Geschlechtern, den Ethnien, denen, die Werte schätzen, und denen, die sie bekämpfen, denen, die etwas leisten, und denen, die auf Kosten der anderen leben und bereit sind, die Gesellschaft zu riskieren – diese Einheit gibt es nicht. Daran gezielter zu arbeiten, war eine verpasste gesamtdeutsche Chance. Und was West-Ost angeht: Wo sind die West-Ost-Schüler-Austauschprogramme, die Verlagerungen von Industriebe-

trieben, die konsequenten Ansiedelungen von weiteren Bundesbehörden, die Aufhebung des Lohngefälles, die reale Gleichstellung der Frau und Vieles mehr. Das sind alles Dinge, die über den Einigungsvertrag hinaus gehen, aber gestaltet werden müssen. Es wird keinen Zeitpunkt wie den Tag der Wiedervereinigung 1990 mehr geben, an dem alles in Kraft tritt. Die Einheit muss bewahrt, gestaltet und entwickelt werden.

Weitestgehend unbeachtet blieb, dass wir aus den beiden Deutschlands aus unterschiedlichen Kulturen kommen. Wir sind in verschiedenen Welten aufgewachsen. Dabei sind Familien die kleinsten kulturellen Einheiten. Wir waren fünf zu Hause – meine Eltern und drei Geschwister. Wir haben bis zu drei Stunden am Abendbrottisch gegessen und diskutiert. So habe ich Kommunikation gelernt und später im Studium von



Der Autor in den achtziger Jahren

Theologie, Psychologie und Kommunikation professionalisiert. Ich konnte schon weit vor der Regierungssprecherzeit reden. Ich habe im sogenannten »Konziliaren Prozess« in den Kirchen zu den Themen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung mitdiskutiert und Demokratie geübt.

Ich habe während der Wendezeit mit an einer neuen Verfassung gearbeitet, die nie verabschiedet wurde. Die Kultur, aus der ich persönlich komme, war oft alternativ. Viele sind in der DDR anders aufgewachsen, aber auch geborgen in ihren Familien.

Die DDR war meine Heimat, in der ich sozialisiert wurde und die ich für etwas Besseres abgeschafft habe.

Der Beweis bleibt eine Herausforderung.

Matthias Gehler

Thüringen im Frühjahr 2024

Der Referent

Handys sind noch nicht erfunden. Digitale Steinzeit. Ohne eine Information laufe ich in die Falle. Ich betrete das Foyer der CDU-Parteileitung am Berliner Gendarmenmarkt. Mehrere Kameras sind aufgebaut. Nach oben hat man die Medien nicht gelassen. Der Raum ist hell erleuchtet. Ich bin geblendet, blinzele mit den Augen und will nur schnell durchkommen und den Treppenaufgang mit den breiten, steinernen Stufen erreichen. Journalisten sind lästig. Ich habe es geschafft, stehe auf der ersten Stufe und bin erleichtert.

Da ruft einer hinter mir her: »Sie sind doch der Referent von Martin Kirchner?«

Ich drehe mich um, stehe jetzt etwas erhöht, für alle sichtbar und sage naiv: »Ja.« Ich hätte einfach weitergehen sollen. Ich hätte schweigen sollen. Anfängerfehler. Eitelkeit. Ehrlichkeit. Abenteuerlust. Neugierde. Die Kameras schwenken auf mich.

»Was sagen Sie dazu, dass Martin Kirchner in der Stasi gewesen sein soll?«

Darauf war ich nicht gefasst. Ich hatte nie davon gehört und antworte aus Loyalität zu meinem Chef, dem neuen Generalsekretär der CDU der DDR: »Das kann ich mir nicht vorstellen.«

Ich drehe mich wieder um und steige die Stufen hinauf in die erste Etage. Hier ist vor kurzem Lothar de

Maizière eingezogen. Die Journalistentraube habe ich hinter mir gelassen und weitere Fragen nach Martin Kirchner ignoriert. Die Tür zum Büro des Parteivorsitzenden ist offen und ich gehe hinein. Die Büroleiterin Sylvia Schulz und mehrere Mitarbeiter stehen um ihren Chef im Halbkreis und beratschlagen, was nun, angesichts der wartenden Journalisten, die eine Stellungnahme von de Maizière zu den Stasivorwürfen gegen seinen Generalsekretär erwarten, zu tun sei. Ich stelle mich dazu.

Kirchner ist nicht in der Runde. Er hat sich krankgemeldet und ist zu Hause in Eisenach. Für die Pressearbeit der Partei bin ich nicht zuständig; dafür gibt es Helmut Lück. Man beschließt, die Sache Kirchner selbst zu überlassen und nichts zu sagen.

Das ist keine gute Situation für mich. Ich habe schon etwas gesagt und kann jetzt nur hoffen, dass für die Journalisten die Stimme eines Referenten völlig unbedeutend ist. Doch dem ist nicht so. Journalisten klammern sich an alles. Weil sich sonst niemand geäußert hat und Lück ihnen nur sagt, dass sie sich an Kirchner selbst wenden sollen, sehe ich mich am Abend plötzlich im Fernsehen mit dem Spruch wieder: »Das kann ich mir nicht vorstellen«.

Im Insert stehen mein Name und meine Funktion. Ich gerate in Panik. In solchen Fällen werde ich zumeist aktiv. Ich setze mich in meinem »Wartburg« hinters Steuer und fahre los. Mein Ziel ist Martin Kirchner in Eisenach. Es ist schon dunkel. Mit Tempo einhundert, wegen der Geschwindigkeitsbegrenzung, weil der

Wagen kaum mehr schafft und weil die Betonplatten auf der A9 schlecht aneinandergereiht sind.

Ich habe Zeit nachzudenken, wie ich überhaupt in diesen Politzirkus hineingeraten bin.

Der Ruf der Partei

Das war im Spätherbst 1989. Ich saß in einem verrauchten Redaktionsraum der *Neuen Zeit*, Organ der Christlich-Demokratischen Union der DDR, und kümmerte mich um einen Artikel für Seite drei. Das Telefon klingelte. Wulf Trende, seit 1968 Mitarbeiter im CDU-Hauptvorstand und seit 1975 Leiter der Abteilung Kirchenfragen, meinte, ich solle doch mal »rüberkommen«.

Die Parteileitung residierte in einem schmucken Gebäude am Gendarmenmarkt. Ich ging die edle Treppe ganz nach oben, wurde freundlich empfangen und gebeten, vor Trendes Schreibtisch Platz zu nehmen. Trende, den ich nie zuvor gesehen hatte, schmeichelte mir: »Herr Gehler, wir wissen, Sie leisten gute Arbeit bei der *Neuen Zeit* und stehen für Veränderung. Sie betreuen die Kommunikationsseite, schreiben gute Berichte und nebenbei sind Sie auch kulturell noch als kritischer Liedermacher unterwegs. Hier wird sich auch vieles verändern. Wollen Sie nicht zu uns kommen?«

Ich war überrascht: »Was soll ich denn hier machen?«

Trende zeigte sich entschlossen: »Sie sollen Referent des CDU-Generalsekretärs Martin Kirchner werden«.

Ich wollte um Himmels willen nicht in einem Verwaltungsapparat landen und schon gar nicht in dem einer Partei. Deshalb fragte ich: »Was soll ich da tun?«

Jetzt meinte Trende wohl, ich hätte angebissen. Er versuchte, seinen Fisch an Land zu ziehen. So warb er für meinen zukünftigen Job in rosigen Farben: »Sie können ja gut schreiben. Sie werden Reden für den Generalsekretär ausarbeiten. Sie werden wichtige Termine mit Herrn Kirchner wahrnehmen, ihn darauf vorbereiten und danach Protokolle anfertigen. Sie werden vertrauliche Briefe beurteilen und beantworten. Sie werden da sein, wenn der Generalsekretär Sie braucht.«

Ich erbat mir etwas Bedenkzeit. Die wurde mir auch gewährt. Auf dem Rückweg in die Zeitungsredaktion dachte ich darüber nach, was ich bezüglich des Reformprozesses in der CDU bislang als Journalist schon erlebt hatte. Die Kritik innerhalb der Partei, die ab 1987 lauter geworden war, hatte für die Kritiker mitunter erhebliche Konsequenzen gehabt. Die zentrale Führungsrolle der SED im Parteiensystem der DDR war von Anfang an, vor allem innerhalb des Fußvolkes der CDU immer wieder ein Thema. Viele sahen die CDU trotzdem als Alternative zur SED. Mit dem CDU-Parteibuch in der Hand war es immerhin noch möglich, begrenzt Karriere zu machen. Es waren sogar abweichende Positionen wie zur Abtreibung und natürlich die Kirchen-Mitgliedschaft geduldet worden. Vor allem aber hatte sich die CDU nie zur marxistisch-leninistischen Weltanschauung bekannt. Es ist insofern schlichtweg falsch, wenn Oskar Lafontaine, der Parteivorsitzende der SPD und

spätere Linken-Vorsitzende, irgendwann behauptete, die CDU in der DDR sei eine kommunistische Partei gewesen.

Wegen der kleinen Unterschiede hatte die CDU in den achtziger Jahren einen kontinuierlichen Mitgliederzuwachs erfahren. 1988 wagten es Vorsitzende von Ortsgruppen im Bezirk Frankfurt an der Oder und in Sachsen, öffentlich die führende Rolle der SED infrage zu stellen. In Neuenhagen bei Strausberg wurde schriftlich die Bevormundung durch die SED angeprangert. Es wurden Parteienvielfalt und eine Änderung des Wahlrechts gefordert. Solche »Revolten«, auch wenn sie sich auf Glasnost und Perestroika beriefen, hatten Konsequenzen. Mir wurde in der Redaktion bekannt, dass eine Ärztin, die CDU-Ortsgruppenvorsitzende Else Ackermann, durch ihre Aufmüpfigkeit ihre Stellung an der Akademie der Wissenschaften verloren hatte. Selbst die Staatssicherheit registrierte in ihrer Information 502/89 die Alt-gegen-Neu-Rebellion innerhalb der CDU, bis hin zur Idee eines neuen Wahlgesetzentwurfs, der nicht mehr vorsah, sich im Block mit den SED-Kandidaten aufzustellen.

Die CDU-Parteiführung dagegen hatte sich im System eingerichtet. Bis auf die in den Westen geflüchteten Parteiführer Jakob Kaiser und Andreas Hermes konnten dann die Funktionäre der siebziger und achtziger Jahre gut damit leben, eine willfährige Statistenrolle zu spielen, solange die Zuschüsse aus der Gesamt-Parteienfinanzierung der DDR stimmten. Es ging ihnen persönlich gut. Damit das so blieb, forderte noch

Ende September 1989 der Hauptvorstand der Partei die CDU-Mitglieder auf, sich in Mitgliederversammlungen gegen die »zügellose Hetze gegen den sozialistischen deutschen Staat« zu wenden.

In der Redaktion der *Neuen Zeit* begann das Nachdenken mit Gorbatschow. Ich erinnere mich an eine Redaktionskonferenz, auf der Redakteure, die 1987 die Sowjetunion besucht hatten, von ihren Erlebnissen mit Glasnost und Perestroika in den russischen Medien berichteten. Sie entfachten ein kleines Feuer die in der Konferenz öffentlich gestellte Frage: »Was können wir hier tun, und wie weit können wir gehen?«

So entstanden sehr vorsichtige Reformbestrebungen innerhalb des Union-Verlages. Es wurde zum Beispiel beschlossen, die Seite 3 der Freitagsausgabe dem Thema »Kommunikation« zu widmen. Ich bin meiner Chefin Carola Schütze heute noch dankbar, dass ich die Seite betreuen durfte. Das hat mir Spaß gemacht, ging es doch um konkrete Beziehungsthemen und soziale Konflikte.

Wir hatten in der Redaktion ein sehr kollegiales Miteinander und so beratschlagte ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen den »Ruf der Partei«, der mich ereilt hatte. Wulf Trende, der mir den neuen Job schmackhaft gemacht hatte, rechnete innerhalb der Altfunktionäre zu den Reformern. Die Position der Erneuerungswilligen war im Spätherbst 1989 inzwischen gestärkt. Also sagte ich »Ja« und wechselte in die CDU-Parteileitung.

Der studierte Jurist Kirchner gehörte seit 1967 der CDU an. Neben der Mitarbeit im Hauptvorstand der Partei war er Leiter des Kreiskirchenamtes Gera und seit

1987 juristischer Oberkirchenrat, Synodaler und stellvertretender Vorsitzender des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen. Er residierte seit dem Sonderparteitag Mitte Dezember 1989 als Generalsekretär in der zweiten Etage des Neubaus am Gendarmenmarkt, über dem Büro des neuen Parteivorsitzenden Lothar de Maizière.

Als ich – sein neuer Referent – erstmals sein Büro betrat, fand ich einen kleinen Mann vor, der stolz, aber verloren in einem viel zu großen Ledersessel saß. Er blieb dort zur Begrüßung sitzen und nahm sofort Bezug auf dieses Sitzmöbel. Er erzählte, dass hier der Stellvertreter des früheren Parteivorsitzenden Gerald Götting, Wolfgang Heyl, gesessen habe, aber diese Zeit sei ja jetzt vorbei. Kirchner hatte räumlich Besitz vom Thron ergriffen. Was ihm aber nicht wirklich gelang, denn in diesem riesigen Sessel schien er unendlich verloren. Es war wie ein Bild aus einem Comic. Da hatte jemand ein viel zu großes Amt bekommen. Die ganze Szene wirkte lächerlich und befremdlich auf mich.

Mir als seinem Referenten signalisierte mir Martin Kirchner eine gewisse Überlegenheit gegenüber dem neuen CDU-Vorsitzenden Lothar de Maizière. Er erklärte mir alles noch einmal aus seiner Sicht, was ich vom Parteivorsitzenden gehört hatte. Oft agierte er eigenständig, ohne sich um die Meinung seines Chefs zu kümmern. Stand ich dabei, wenn er Interviews gab, redete er wie ein Vorsitzender.

Einige Trümpfe hatte er in der Hand. Kirchner war Synodaler, hatte eine leitende Kirchenfunktion inne,

kam aus einem starken CDU-Kreisverband und war Mitautor des »Briefes aus Weimar«, dem Reformpapier der CDU. Seine Stellung schien gefestigt.

Kirchner forderte sehr oft seinen Vorsitzenden heraus: Er vertrat vehement die Ansicht, dass seine Partei die Zusammenarbeit mit der SED beenden und die sogenannte Nationale Front und schließlich die Modrow-Regierung verlassen sollte.

Lothar de Maizière war anderer Meinung. Er meinte, dass das Land angesichts der vielfältigen Aufgaben in der Wendezeit eine breit aufgestellte Führung brauchte.



Lothar de Maizière, geboren 1940 in Nordhausen, studierter Bratschist und dann Rechtsanwalt, als Vorsitzender der DDR-CDU seit dem 18. November stellvertretender Premierminister in der Regierung Modrow

Dieser Verantwortung dürfe sich die CDU nicht entziehen. Er gehörte dem Modrow-Kabinett als Minister an und war einer der drei Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Hans Modrow, seit 1973 Parteichef im Bezirk Dresden, war am 13. November 1989 von der Volkskammer mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Anfang Februar 1990 nahm er Vertreter der neuen oppositionellen Gruppierungen des Zentralen Runden Tisches als Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierung auf. Er nannte sie »Regierung der Nationalen Verantwortung«. Sie sollte bis zum 12. April amtieren.

Hinter Kirchners Forderung, die CDU solle die Regierung verlassen und in Opposition gehen, standen



Hans Modrow (1927-2023) führte vom 13. November 1989 bis zum 12. April 1990 die vorletzte DDR-Regierung und war in der Funktion des Ministerpräsidenten der Vorgänger von Lothar de Maizière

viele Kreisverbände und insbesondere die im Thüringer Raum, so auch der in Mühlhausen und Eisenach. Es kam schließlich zur öffentlichen Machtprobe zwischen Martin Kirchner und Lothar de Maizière. Der Generalsekretär verkündete Mitte Januar 1990 der Presse, dass die CDU aus der Modrow-Regierung aussteigen werde.

Lothar de Maizière und sein Stab waren entsetzt. Das war nicht abgesprochen.

Der hugenottische Preuße de Maizière war bei solchen Disziplinverstößen kaum zu halten. Ich wurde in sein Büro zitiert und zur Rede gestellt. Ich beteuerte, von dem Komplott nichts gewusst zu haben, was auch stimmte.

Parteichef de Maizière dementierte Kirchner, die CDU werde nicht die Modrow-Regierung verlassen. Die Westberliner *taz* zitierte am 19. Januar 1990 einen CDU-Sprecher mit der Erklärung de Maizières, dass die Äußerung des Generalsekretärs nicht mit ihm abgesprochen gewesen sei ...

Und nun diese Sache mit der Stasi. Drei Tage vor der Volkskammerwahl am 18. März.

In dieser auch innerparteilich zugespitzten Lage fahre ich nach Eisenach, um Kirchner zu fragen, ob er Stasi-Mitarbeiter gewesen ist. Die Adresse des Generalsekretärs und eine Karte liegen neben mir auf dem Beifahrersitz. Ich halte vor einer größeren Villa, steige aus. Kirchner steht auf dem Klingelschild. Es ist Mitternacht. Ich läute Sturm. Martin Kirchner öffnet die Tür mit zerzausten Haaren und im Bademantel, einen langen Schal um den Hals gewickelt.